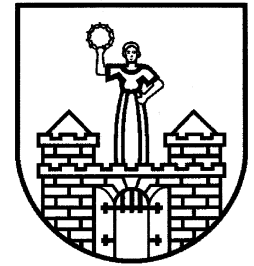


Reinhard Stern
Vorsitzender des Finanz-und Grundstücksausschusses
der Landeshauptstadt Magdeburg



Rede zum Haushaltsplanentwurf 2020 auf der 09(VII)/19 Stadtratssitzung
am 09. 12.2019

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrte Gäste,

am 15.11.2019 hat der Finanzausschuss in einer Klausurberatung den Haushaltsentwurf gemeinsam mit dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister, den Beigeordneten und den Vertretern der einzelnen Dezernate beraten.

Von dem griechischen Philosophen Plutarch ist das Zitat überliefert "Der Haushalt ist der beste, worin man nichts überflüssiges findet, nichts Notwendiges entbehrt".
Entscheiden Sie.

Uns lag dabei bereits ein Entwurf vor, der auch die Beschlüsse des Stadtrates vom September und Oktober in zahlreichen Änderungen zum ersten Entwurf vom September 2019 mit berücksichtigte.

Nach der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes durch den Bürgermeister und Beigeordneten für Finanzen legten die Beigeordneten ihre jeweiligen Planentwürfe zur Diskussion vor. Wobei es auch diesmal sehr erfreulich war, dass alle Beigeordnete dem Wunsch entsprochen haben, anhand einer Präsentation ihre Sicht zu diesem Zahlenwerk anschaulich dokumentiert haben. An dieser Stelle möchte ich dafür den Dank des Ausschusses aussprechen.

Einige Stadträte, die nicht Mitglieder des Ausschusses sind, nutzten die Möglichkeit, sich anschaulich und umfassend über den Haushaltsentwurf zu informieren.
Da mehr als 2/3 der Mitglieder des Finanzausschusses neu sind, waren die teilweise sehr umfangreichen Darlegungen der Beigeordneten für die Diskussionen sehr förderlich.
In seiner Einbringung betonte der Bürgermeister, dass der Haushalt mit 736 Mio. Euro in den Erträgen und 736 Mio. Euro in den Aufwendungen ausgeglichen ist. Ordentliches Ergebnis 5.819 Euro.

Die Nettoneuverschuldung für den Zeitraum 2020 – 2023 beläuft sich auf 36,9 Mio. Euro. Die Gesamtverschuldung steigt damit 2020 und 2021 über die vom Stadtrat am 16.08.2018 beschlossene Schuldenobergrenze von 510 Mio. Euro. In 2020 auf 514 Mio. Euro und in 2021 auf 516 Mio. Euro. Der Ausgleich erfolgt über die Entnahme aus der Rücklage. Das darf aber nur die Ausnahme sein.

Die Steuereinnahmen verringern sich bis 2022 um ca. 30 Mio. Euro im Vergleich zur Mittelfristplanung 2019. Ursache der neuen Planung ist die neue Steuerschätzung des Ministeriums für Finanzen LSA vom Mai 2019.

Da wir in den letzten Jahren immer wieder Anträge zur Verbesserung der Radinfrastruktur hatten und haben, ging der Bürgermeister insbesondere auf die Investitionen in diesem Bereich in der Klausur ein.

Die geplanten Gesamtaufwendungen belaufen sich in den Jahren 2020 - 2023 auf rund 12,5 Mio. Euro. Allein 2020 sind es 3,7 Mio. Euro

Das sind mehr als 15,79 Euro/Einwohner. Das ist beachtlich und sollte endlich auch von den Kritikern anerkannt werden.

Eine weitere Kennziffer, die im Ausschuss immer wieder Beachtung findet, sind die mind. 5% Investitionskosten in den Kinder- und Jugendbereich.

Mit 7 % vom Gesamtvolumen werden auch hier die Vorgaben des Stadtrates eingehalten.

Herr Platz erläuterte ausführlich die Eckdaten des Dezernates I.

Der Zuschussbedarf des Dezernates steigt auf 1,584 Mio. Euro.

Besonders bei der Personalkostenentwicklung müssen wir eine weitere Steigerung zur Kenntnis nehmen.

Wir hatten	2015 mit 135 Mio. Euro
	2016 mit 147 Mio. Euro
	2017 mit 152 Mio. Euro
	2018 mit 155 Mio. Euro
	2019 mit 162 Mio. Euro
	2020 mit 172 Mio. Euro

Personalkosten

Dabei sind die Ursachen nicht nur in der Tarifentwicklung zu sehen, sondern auch in der Anzahl der Stellen.

Wir haben in der Kernverwaltung seit 2010 von 2.569 Stellen auf 3.176 Stellen in 2020 einen nicht unerheblichen Zuwachs zu verzeichnen. Das ist natürlich nicht mit den Zahlen von 1990 vergleichbar. Wir haben heute andere Probleme.

Die Anzahl der Fachkräfteverluste steigt in den kommenden Jahren weiter stark an. Wir hatten zum Stichtag 30.09.2019 ca. 273 offene Stellen.

Wie im vergangenen Jahr, nahm die Diskussion über die Stellenbesetzungsverfahren im Ausschuss einige Zeit in Anspruch.

Die Stellenbesetzungen dauerten vor einem Jahr noch durchschnittlich 235 Tage, so sind es heute durchschnittlich 169 Tage.

Insgesamt stehen wir in der Personalkostenplanung aufgrund der demografischen Herausforderungen in den nächsten 10 Jahren vor gewaltigen Problemen. Ein erster Schritt wird dabei die weitere Optimierung der Stellenbesetzungsverfahren sein.

Herr Platz machte in der Klausur dazu einige Bemerkungen.

Maßnahmen zur schnelleren Besetzung sind:

- Aufhebung der Wiederbesetzungssperre
- Priorisierung
- Ausschreibung sowohl intern als auch extern
- gleichzeitig Rückgriff auf Initiativbewerbungen
- direkte Übernahme von Auszubildenden

Insgesamt wünscht sich der Ausschuss mehr externe Außenwirkung bei der Stellenbesetzung. Die offenen Stellen müssen öffentlicher beworben werden.

Dennoch sind wir bei den Personalkosten mit ca. 23 % im besseren Mittelfeld vergleichbarer Städte.

Die durch die Verwaltung eingebrachten zusätzlichen 33,16 Stellen fanden jeweils einstimmig die Befürwortung durch den Ausschuss. Das betraf u.a. 10 Stellen im Bereich Ordnungsamt und 4 Stellen im Dezernat 6.

Die finanziellen Auswirkungen der zusätzlichen Stellen belaufen sich auf 879.6 TEuro.

Das Risiko in unserer Personalkostenplanung liegt allerdings auch bei 20,1 Mio. Euro weniger eingestellten Personalkosten als geplant, in ca. 92,7 TEuro Mehrbedarf durch Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung und evtl. einer neuen Tarifrunde im TVÖD.

Besonders auf den Stadtordnungsdienst ging Herr Platz dabei ein, da es in den vergangenen Jahren immer wieder Diskussionen zum Thema gab und die Personalstellen noch offen waren.

Er informierte über wichtige Investitionen im Bereich der geplanten Stadtwache:

- Aufbau einer Stadtwache mit und ohne Polizei,
- verstärkte Zusammenarbeit mit der Polizei
- räumliche Unterbringung ist geklärt worden

Des Weiteren machte er Ausführungen zur Verkehrsüberwachung des fließenden Verkehrs. Derzeit sind 4 Mitarbeiter im Außendienst und 2 Mitarbeiter in der Bußgeldstelle tätig. Es ist geplant, ein weiteres mobiles Messgerät einzusetzen.

Investitionsmaßnahme von 157,8 TEuro, 3 Stellen in der Verkehrsüberwachung und 1 Stelle in der Bußgeldstelle.

Die Ertragsentwicklung bei der Verkehrsüberwachung hat sich in 2017 von 766.500 Euro zu 2018 auf 982.000 Euro entwickelt. Im Oktober 2019 hatten wir 867.832 Euro an Erträgen zu verzeichnen.

Zur effizienteren Auslastung des Gerätes vor Schulen und Kindergärten wurde der 2. Schichtbetrieb gewährleistet. Der Finanzausschuss befürwortet insbesondere den Einsatz des Gerätes vor Schulen und Kitas.

Ein stationäres Gerät soll zurzeit nicht eingesetzt werden.

Wichtige Investmaßnahmen im Bereich sind der Ausbau der Furtlake und der Bau eines Schöpfwerkes mit 2,2 Mio. Euro. Eine Maßnahme, die durch Förderzusagen gedeckt ist. Investitionen im Bereich Brandschutz von ca. 2,7 Mio. Euro und im Katastrophenschutz von 208 TEuro.

Bedeutende Positionen im Umweltamt sind:

- 347 TEuro Gewässerunterhalt
- 30 TEuro CO2 Bilanz Monitoring
- 47 TEuro Masterplan 100% Klimaschutz
- 30 TEuro im Bereich Klimaschutz
- 30 TEuro klimatologische Eingriffs- und Ausgl. Konzeption
- 50 TEuro für Unterhalt von Trinkwassernotbrunnen

Zurzeit sind nach Auffassung des Beigeordneten die notwendigen Mittel vorhanden, um das Thema Klimaschutz bearbeiten zu können, deshalb wurde dem Antrag auf zusätzliche Mittel von 100 TEuro in 2020 im Ausschuss nicht zugestimmt.

In der mittelfristigen Planung müssen wir aber unbedingt wissen, was uns die Maßnahmen im Masterplan 100% Klimaschutz kosten und was für Maßnahmen anstehen, um den Beschluss Klimakrise -Klimaneutrale Stadt bis 2035- zu erfüllen und vor allem mit welchen Kosten für die kommenden Haushalte zu rechnen ist. Nach Aussage des Beigeordneten wird an diesem Thema gearbeitet.

Herr Ruddies machte für den Bereich des Oberbürgermeisters, das Amt 14, 16 und dem Bereich der politischen Gremien die Ausführungen.

In seinen Ausführungen ging er im Bereich des TH 0 auf eine Erhöhung der Erträge von 100 TEuro für einen Projektzuschuss sowie eine neutrale Erhöhung von Erträgen von 20 TEuro

(Robo Cup) sowie die Erhöhung der Bewirtschaftungskosten bei KGm von 3.800 Euro ein. Ein Mehrbedarf bei den politischen Gremien ergibt sich aus dem Mehrbedarf bei den Personalkosten bei den Fraktionen von 107 TEuro. Mehr Demokratie erfordert mehr Geld. Im investiven Bereich sind 755.700 Euro im Bereich des OBs für den Gemeindesaal Pechau hier verortet.

Magdeburg ist eine wieder wachsende Stadt. Wir haben seit einigen Jahren wieder steigende Einwohnerzahlen. Und wir haben auch wachsende Tourismuszahlen. Man sieht mit Freude, dass sich gerade in der Vorweihnachtszeit die Investitionen in unsere geschmückte Stadt auszahlen. Die 1,6 Mio. Euro in unsere Weihnachtsbeleuchtung haben sich schon jetzt ausgezahlt.

Herr Nitsche machte in seinen Ausführungen auf die Fortführung der Standort- und Marketingkampagnen aufmerksam. Trotz immer wiederkehrender Diskussionen zur Otto-Kampagne muss festgehalten werden, dass die Zahlen in Magdeburg sich gut entwickeln. Für 2020 sind wieder 167 TEuro vorgesehen, für weiteres Standortmarketing sind 80.000 Euro aber auch für unseren Innenstadthandel und die Stadtteilzentren wollen wir 135.000 Euro bereitstellen, die Gesamtsumme dieser Maßnahme beläuft sich nach der letzten Beschlusslage des Rates nach 1 1/2 h Beratung, auf 452.000 Euro. Regionale Zusammenarbeit mit 50.000 Euro, touristische Infrastruktur mit 60.000 Euro und Auslobung von Preisen sind weitere Ausgabenblöcke. Das Ansiedeln und Gründen mit der Projektförderung für Gründerinnen umfasst nochmal ca. 73.000 Euro. Mittel für die wirtschaftliche Infrastruktur umfassen 45.000 Euro und das internationale Standortmarketing wird mit 230.000 Euro bezuschusst. Alles wichtiges Geld, um den Standort Magdeburg wirtschaftlich auch in schwierigen Zeiten voranzubringen.

Über die „Messbarkeit“ der Ansiedlungstätigkeit wurde diesmal nicht diskutiert. Herr Nitsche meinte, dass die Tätigkeiten eher im Verborgenen bleiben. Letztendlich sind es die Ansiedlungen, die nach außen strahlen.

Wir sollten aber beachten, dass die Wirtschaft in Deutschland nach Einschätzung vieler Ökonomen vor schwierigen Zeiten steht.

Wachsender Protektionismus, ständige Verschärfung von ökologischen Kennziffern und immer stärkerer Einfluss der asiatischen Wirtschaft machen dem Exportweltmeister Deutschland zu schaffen.

Die Energiewirtschaft, die Automobilindustrie, die Chemieindustrie, der Maschinenbau zeigen anhand des Abbaus von Arbeitsplätzen erste Auswirkungen.

Enercon sollte uns zu denken geben. Wir müssen evtl. in den nächsten Jahren unsere Anstrengungen im Bereich Ansiedlung vermehren.

Wir haben aber kaum noch Flächen in Rothensee zum Beispiel.

Als Grundstücksausschuss gilt es in den nächsten Jahren gemeinsam mit der Verwaltung über neue Angebote an Gewerbeflächen für wirtschaftliche Ansiedlungen nachzudenken.

Beim Schiffshebewerk mit 104 TEuro jährlich bis 2023, der Reaktivierung des Industriehafens mit 45 Milo. Euro bis 2022, der Modernisierung der Stadthalle mit 70,1 Milo. Euro von 2020-2023 und des Stadthallenareales mit 15,4 Mill. Euro von 2020 – 2023 ist das Dezernat beteiligt.

Frau Borris machte sehr umfangreiche Ausführungen zu ihrem Bereich.

Das Budget des Dezernates V hat den höchsten Anteil am Haushaltsentwurf mit einem Anteil von mittlerweile über 46% inkl. Personalkosten.

Man kann schon von einem Sozialhaushalt sprechen.

Bei einem Umfang von 337 Mio. Euro haben wir seit 2015 eine Steigerung um ca. 13 %.

Nicht unerhebliche Mittel, ca. 177,8 Mio. Euro, erhalten wir als Zuschüsse, aber ca. 159,1 Mio. Euro müssen wir selber finanzieren.

Den Hauptanteil am Budget trägt der DK KiFöG durch neue Kitas, Tarifsteigerungen sowie Personalaufwuchs und wir haben somit seit 2015-2020 eine Steigerung von 92,2 Mio. Euro auf bis zu 123,5 Mio. Euro.

Wir bekommen die erhöhten Kosten nur anteilig erstattet, 42 % der Gesamtkosten übernimmt das Land, so steigt die Belastung für die Kommune weiter an. Ich spreche das Thema jedes Jahr an. Es ist und bleibt eine schlechte Aufteilung und widerspricht dem Konnexitätsprinzip. Es geht hier nur aufwärts mit den Kosten.

Im DK Soziales haben wir von 2019 zu 2020 97,6 Mio. Euro zu 93 Mio. Euro eine Senkung der Kosten. Bedingt ist das u.a. durch den Rückgang der Asylbewerberzahlen um 150 Asylbewerber und den Rückgang von 1350 Bedarfsgemeinschaften.

Durch den Asylbewerberansturm 2016 lagen wir hier allerdings schon mal bei 107 Mio. Euro. Im DK Soziales möchte ich aber auf die Praxis verweisen, im Laufe des Jahres im Finanzausschuss, überplanmäßige Ausgaben für Heizung und Unterkunft zu genehmigen.

Der DK HzE hat uns jahrelang beschäftigt und diskutieren lassen.

Wir haben hier auch einen Aufwuchs von 18,3 Mio. Euro in 2015 zu 30,1 Mio. Euro in 2020. Über 16 Mio. Euro werden für die Unterbringung in Heimen aufgewandt. Der Tagessatz beträgt 148 Euro pro Kind.

Wir haben in den vergangenen Jahren versucht, gemeinsam mit der Verwaltung, nach Möglichkeiten zu suchen, statt der Unterbringung in Kinderheimen, besser die Unterbringung in Pflegefamilien zu fördern.

Aber nicht nur aus fiskalischen Gründen sind Familienunterbringungen zu bevorzugen.

Leider sind hier oft die Hürden zu hoch, wir werden aber im nächsten Jahr die Diskussion nochmal anstoßen müssen. Die Fachausschüsse des Stadtrates sollten sich dieses Themas nochmal annehmen, im Interesse auch der betroffenen Kinder.

Wie sind in diesem Zusammenhang die Erfahrungen in anderen Städten?

Beim DK UVG hat es im Jahr 2016 eine Veränderung gegeben.

Frau Borris hatte bereits im letzten Jahr darauf verwiesen, dass nun die Kinder Alleinerziehender nicht nur bis zum 12. Lebensjahr, sondern bis zum 18. Lebensjahr unterstützt werden.

Das hat bei der Haushaltsplanung die betroffenen Fallzahlen hochschnellen lassen und damit auch die Aufwendungen von 5,2 Mio. Euro in 2015 auf 10,3 Mio. Euro in 2019. Wir haben nun in 2020 11,4 Mio. Euro Auszahlungen. Bei der Rückholung der Gelder haben aber alle Probleme, denn nur 15 - 20 % der Gelder sind wieder rückholbar von den Verursachern. Hierbei wenden andere Städte teilweise drastische Mittel an.

Fast 50 % inkl. Verwaltungskosten in den sozialen Bereichen in den Kommunen schränkt die Handlungsfähigkeit weiter ein.

Wir haben eine Fülle von Förderungen zu tragen, insbesondere im Jugendamt.

Das Jugendamt ist mit 75 % Förderung freier Träger Spitzenreiter mit 4,5 Mio. Euro, danach kommt der Gesundheits- und Veterinärbereich. Hier wird der größte Teil für Suchtberatung vorgesehen, ca. 684 TEuro werden hierfür im Haushalt veranschlagt.

Eine Diskussion hatten wir dann zum Konnexitätsprinzip. Immer neue Aufgaben vom Bund und dem Land, aber oft hinken die Unterstützungen und die ausreichende Förderung hinterher.

Die angemessene Erstattung der Kommunen ist anzumahnen. Wir sollten dabei auch nicht vor Klageverfahren zurückschrecken.

Da die Mittel oft nicht ausreichend sind, nutzen einige freie Träger und Vereine die Medien, um gegebenenfalls an Mittel zu kommen. Hier sollte erst einmal mit der Verwaltung gesprochen werden und die Bedarfe nachvollziehbar untersetzt werden. Dazu gehören auch natürlich zeitnahe Statistiken, um über Altersstrukturen und die Anzahl der Betroffenen Kenntnis zu haben.

Genau aus diesen Gründen wurde dem interfraktionellem Antrag Nr. 31 nicht zugestimmt, aber bei nachvollziehbaren Bedarfen soll darüber neu gesprochen werden.

Positiv sind nicht nur steigende Kinderzahlen, sondern damit verbunden auch Investitionen von ca. 2,7 Mio. Euro im Rahmen des Stark-III-Programmes in die Sanierung von Kindergärten und Kindertagesstätten. Insgesamt wollen wir 5,33 Mio. Euro in die Kitas investieren.

Unsere Kritik an den Förderbedingungen des Landes zu Schulen und Kindertagesstätten möchte ich hier nochmal zum Ausdruck bringen.

Ständige Veränderungen der Bedingungen, lange Prüfungen und lange Auszahlungszeiten sind ungenügend. Insgesamt ist geplant, ab 2020 zusätzlich 823 Plätze (194 KK, 289 KG, 340 Hort) zusätzlich zu schaffen.

Die Kosten für die Unterbringung und Integration der Asylbewerber sinken. Migranten mit Aufenthaltsstatus erhalten allerdings ALG-II-Leistungen und bei den Unterkunftskosten tragen wir 40 %.

Herr Prof. Puhle brachte den mit 113,1 Mio. Euro Umfang großen Haushalt des Dezernates Kultur, Schule und Sport ein - fast wie im letzten Jahr 15,4 % vom gesamtstädtischen Haushalt.

Dabei sind 45,8 Mio. Euro für den Kulturbereich und 67 Mio. Euro für den Schule- und Sportbereich vorgesehen.

Im Kulturbereich bereiten wir uns auf die Bewerbung als Kulturhauptstadt vor. Im Budget sind 309 TEuro eingestellt. Von 2020 - 2023 sind ca. 8,2 Mio. Euro an Aufwendungen eingeplant. Ich möchte an dieser Stelle den Beteiligten am Bewerbungsverfahren in dieser Woche gute Argumente für Magdeburg wünschen.

Zum 01.06.2019 ist das Technikmuseum in städtische Trägerschaft rückgeführt worden. Im Budget sind 284,9 TEuro für 2020 vorgesehen und unser Dommuseum hat ein Gesamtbudget von 162,2 TEuro.

Das Telemann Zentrum mit 192 TEuro und die neue Telemannpflege mit 132 TEuro sind vermerkt.

Das Theater der Landeshauptstadt wird weiter mit 18,5 Mio. Euro durch die Stadt unterstützt. Allein von 2019 - 2020 hat die Stadt nochmals 178 TEuro zusätzlich draufgelegt und das Versprechen, wenn es notwendig ist, nochmals nachzusteuern.

In Investitionen Kultur sind ca. 7,4 Mio. Euro vorgesehen.

Anträge bezüglich des Steinzeitdorfes Randau wurden im Ausschuss zugestimmt, für ein neues Feuerwehrmuseum wird eher im Technikmuseum die Verortung gesehen und dem Antrag wurde deshalb nicht zugestimmt.

Im Schulbereich sollen umfangreiche Sanierungen von Schulen wie z.B. das Edithagymnasium mit 8,4 Mio. Euro, die GS Diesdorf mit 3,1 Mio. Euro, die Ernst Wille Schule in Ottersleben mit 2,3 Mio. Euro u.a. über STARK-III teilweise finanziell gestemmt werden. Das sind nur einige Maßnahmen aus dem umfangreichem Programm.

Es sind ca. 50,3 Mio. Euro Investitionen im Schulbereich und Sportbereich vorgesehen.

Für Schulen allein 39,2 Mio. Euro.

Auch der Schulneubau in der Kobeltstraße findet sich mit 7,1 Mio. Euro im Haushalt wieder.

Im Sportbereich soll der Ersatzneubau der H.-Gieseler-Halle mit 4,38 Mio. (8,0 Mio. Euro) und unser NEZ Barleber See mit 1,9 Mio. Euro als die wichtigsten Projekte in 2020 finanziert werden.

Der Haushalt des Dezernates VI, den Herr Dr. Scheidemann einbrachte, wird zurzeit geprägt durch eine sehr umfangreiche Investitionstätigkeit, die an die 1990 Jahre erinnert. Jeder sieht es anschaulich jeden Tag. Überall Baustellen und Sperrungen und jeden Tag kommt eine neue hinzu.

Mit einem Volumen von 142,4 Mio. Euro in 2020 verbauen und investieren wir so viel wie lange nicht. Dazu kommen Investitionsförderprojekte für Dritte von 8,6 Mio. Euro.

Wir haben in der Klausur weniger über einzelne Projekte gesprochen.

Bau der Eisenbahnüberführung 8 Mio. Euro, Neue Strombrücke 26,9 Mio. Euro, Sanierung der Stadthalle 15,8 Mio. Euro, Sanierung des Klosters 1,5 Mio. Euro, Sanierung der Hyper-schale mit 6,8 Mio. Euro, Reaktivierung des Industriehafens 17,4 Mio. Euro etc.

Die Bauindustrie freut natürlich das Bauvolumen, wir müssen uns aber auch die Frage stellen, ob bei diesem erfreulichen öffentlichen Investvolumen und dem zum gleichen Zeitpunkt stattfindenden privaten Investvolumen (Breiter Weg, Altstadtkrankenhaus, Erzbergerstr. SWM, Uni Platz, Am Wissenschaftshafen u.a.) das alles mit dem Personal auch in den Äm-tern zu bearbeiten ist? Da müssen Verwaltungsverfahren durchgeführt werden, da müssen Überwachung durchgeführt werden, da müssen Koordinierungen durchgeführt werden, da müssen Termine eingehalten werden etc.

Die Anforderungen auch an Bauherren werden immer umfangreicher und komplizierter. 2018 meinte Dr. Scheidemann noch auf Nachfrage, dass Personaltabelle wäre ausreichend. Die Frage wurde damals gestellt, ob das so ist?

In der Sitzung am 23.11.2018 wurde festgestellt, dass 45 Stellen im Dezernat nicht besetzt sind, davon u. a. 25 im Tiefbau, 10 im Baurecht und 8 in der Stadtplanung.

In der Klausur, auf nochmaliger Nachfrage erläutert der Beigeordnete, das nunmehr 19 Stellenbesetzungsverfahren abgeschlossen sind, bei 10 Stellen laufen die Ausschreibungen, 17 sind noch in Bearbeitung davon 5 im Stadtplanungsamt, 5 im Tiefbauamt und 3 im Baurecht. Die Situation ist scheinbar nicht schnell auflösbar.

Wir haben zurzeit eine Hochkonjunktur im Baugewerbe.

Zwischen der Planung und dem Zuschlag nach der Vergabe liegen inzwischen exorbitante Steigerungen der Kosten, so bei der Eisenbahnüberführung und bei vielen anderen Bauprojekten.

Wenn da noch grundsätzliche Planungsmängel wie bei der EÜER gleich zu Beginn einer Maßnahme hinzukommen, sind Kostensteigerungen vorprogrammiert.

Neben diesen Großprojekten wollen wir unser Stadtumbauprogramm fortführen, wir wollen weitere Förderprogramme in den Stadtteilen durchführen, wir machen nicht unerhebliche Investitionen in die Infrastruktur (Anliegerstraßen, Radwege, Beleuchtungen).

Auch die Unterstützung unseres öffentlichen Personennahverkehrs ist uns Millionen wert, das ist wichtig, gerade auch im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unseres Nahverkehrs. Der weitere Ausbau der 2.Nord-Süd Verbindung ca. über 200 Mio. Euro, neue Straßenbahnen und neue Werkstätten (250 Mio. Euro)

All das ist wichtig und trägt zum Funktionieren der ganzen Stadt auch in Zukunft bei.

Durch Beschlüsse im Stadtrat zum Takt im Ferienverkehr und dem freien Schülerverkehr kommen aber mittelfristig nochmal 10 - 20 Mio. Euro oben drauf.

Zum Budget lagen die umfangreichsten Anträge vom Volumen her vor.

Über eine zusätzliche Million für Straßen wurde aus den o.g. Gründen abgelehnt, zugestimmt wurden Anträge zur Anpflanzung von mehr Bäumen in der Stadt.

Die Anträge für mehr Investitionen in Radwege wurden unterschiedlich bewertet.

Der Tenor waren dabei u.a. die im vergangenen Jahr beschlossenen Anträge erstmal umzusetzen.

Eine Aufstockung des Personals nur für dieses Thema lehnte der Beigeordnete ab und den Anträgen wurde im Ausschuss deshalb auch nicht zugestimmt.

Das anspruchsvolle Bauprogramm insgesamt wird über Fördermittel, FAG Anteile, Eigenmittel und nicht zuletzt durch Kredite finanziert. Unsere Kreditaufnahme beträgt 46,6 Mio. Euro. Positiv in diesem Zusammenhang ist deshalb zu sehen, dass unsere Steuereinnahmen aus Gewerbesteuer, der Grundsteuer, Anteile an der Umsatz- und Einkommenssteuer bei 244 Mio. Euro liegen.

Allein im Gewerbesteuerbereich planen wir nochmal mit 109,9 Mio. Euro Einnahmen.

Das Zinsniveau ist zurzeit sehr günstig, ich habe bereits in meiner Rede im letzten Jahr darauf hingewiesen und für langfristige Kredite geworben.

An dieser Situation hat sich bisher nichts geändert, das Zinsniveau ist teilweise noch besser geworden.

Allerdings sollten wir unsere Verschuldungsobergrenze immer im Blick haben.

Der Bürgermeister hat auf die Vorteile und die tragbare Nettoverschuldung sowie die Tilgung der Kredite verwiesen.

Nach den Einbringungen der Dezentate wurde über die 57 Anträge jeweils mit den Beigeordneten diskutiert und versucht, mit der Verwaltung einvernehmlich eine Lösung zu finden. Die Anträge hatten ein Zusatzvolumen von ca. 3,48 Mio. Euro ohne die Personalanträge des OBs. Deckungsquellen oder Vorschläge dazu enthielten die wenigsten Anträge. Unsere Geschäftsordnung enthält im § 15 (4) den Passus - Verhandlungsgegenstände, die Mehrausgaben oder Mindereinnahmen gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplanes zur Folge haben, müssen mit einem Deckungsvorschlag verbunden werden und

Die beschlossenen Anträge enthalten ein Volumen von ca. 1,2 Mio. Euro ohne die Anträge des OB.

Übrigens waren alle Fraktionen bei der Klausurberatung anwesend und haben ihre Anträge eingebracht

Heute liegen ihnen nun nochmals 13 Anträge vor, die im Finanzausschuss nicht behandelt werden konnten, da sie dort noch nicht vorlagen.

So ist es nach 7,5 Stunden Klausurberatung und der Überarbeitung durch die Verwaltung in Form von Veränderungslisten, doch noch gelungen einen Haushalt mit 736 Mio. Euro in den Aufwendungen und 736 Mio. Euro in den Erträgen bei einem positiven Ergebnis von 5.819 Euro zu erreichen.

Die überarbeitete Veränderung nach diesem Abstimmungsergebnis liegt ihnen heute vor. Ich bitte Sie, den Empfehlungen des Finanzausschusses zu folgen und damit dem Haushalt zuzustimmen.

Zu den Anträgen würde ich, so notwendig, etwas im Verlaufe der Diskussion sagen.

Der DS0365/19, d.h. dem Haushaltsplan 2020, der Haushaltssatzung 2020, dem Finanzplan bis 2023, dem Stellenplan inkl. der Veränderungslisten der Verwaltung vom 12.11.2019 sowie aller Veränderungsanträge vom 15.11.2019 wurde mit 5:0:4 einstimmig zugestimmt.

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Ausschusses für die sachliche Mitarbeit und ich möchte auch im Namen der Mitglieder des Finanzausschusses mich beim Oberbürgermeister, beim Bürgermeister, den Beigeordneten, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzservice für die Vorbereitung, Organisation und die Abwicklung der Klausurtagung bedanken.

Es war wie immer bestens vorbereitet.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen noch eine schöne Adventszeit.